



Sie musste leben wie eine Gefangene: Nach langem Martyrium berichtet eine Frau, wie sie in Schleswig-Holstein zur Arbeit gezwungen wurde.

FOTOS: DPA (SYMBOLFOTO) / FRANK PETER

„Wir wurden gehalten wie Sklavinnen“

EU-Bürgerin wurde mitten in Schleswig-Holstein Opfer von Zwangsarbeit - Landeskriminalamt vermutet großes Dunkelfeld

VON KAREN SCHWENKE

KIEL. Drei Jahre Zwangsarbeit hätte die Frau fast nicht überlebt. Als sie vor zwei Jahren ins Krankenhaus eingeliefert wurde, war sie bis auf die Knochen abgemagert und konnte sich kaum mehr bewegen. „Ich war zu 80 Prozent tot“, sagt sie. Hinter ihr lag eine Zeit, an die sie sich nur unter Tränen erinnert. Ein Martyrium – mitten in Schleswig-Holstein.

Eigentlich war die Frau auf der Suche nach einer neuen Arbeit in ihrer Heimat, einem Land der EU. Die Chefinnen einer Firma machten ihr aber große Versprechungen über eine lukrative Arbeit in Deutschland. Sie sprachen von Mindestlohn. „Aber sie haben gelogen. Tatsächlich habe ich nur sehr wenig verdient. 900 Euro waren es in drei Jahren.“ Drei Jahre, in denen sie täglich bis zu 17 Stunden arbeitete.

Ihre Geschichte ist kein Einzelfall. Das Landeskriminalamt gehe bei den Straftatbeständen Zwangsarbeit und Menschenhandel von einem großen Dunkelfeld aus, erklärt Sprecherin Lena Grande. Die Staatsanwaltschaft Kiel verzeichnet zwar nur „sehr wenige Verfahren und praktisch keine Strafanzeigen von Geschädigten“, wie Oberstaatsanwalt Henning Hadelers berichtet. Aber der Zoll deckt bei seinen Kontrollen gegen Schwarzarbeit immer wieder Fälle von Zwangsarbeit auf.

Immer mehr Menschen melden Fälle von Zwangsarbeit

In diesem Fall will die Betroffene, nennen wir sie Anna, anonym bleiben. Sie muss es. Denn die Chefinnen wissen, wo ihre Familie wohnt. „Ich habe keine Angst mehr vor ihnen“, sagt sie mit fester Stimme. „Aber ich habe Angst, dass sie meiner Familie etwas antun.“ Neben Anna sitzt eine Beraterin der Kieler Fachstelle Contra, sie bestätigt Annes Angaben. Aber auch sie darf nicht erkannt werden, um ihre Klienten nicht zu gefährden. Sie betreut Opfer von Menschenhandel und Zwangs-

arbeit. Anna sei eine der vielen unsichtbaren Arbeitskräfte, die im Dienstleistungsbereich ausgebeutet werden, berichtet die Leiterin der Beratungsstelle, Claudia Rabe. Bei ihr melden sich seit einigen Jahren immer mehr Menschen, die von Zwangsarbeit betroffen sind. „Sie arbeiten in der Gastronomie, im Service, in der Reinigung, in der Hotellerie, als Haushaltshilfen oder in der Pflege. Fast hinter jedem einzelnen Fall stecken noch weitere Opfer.“

„Hunde werden in Deutschland besser behandelt als wir.“

Anna, durchlebte drei Jahre in Zwangsarbeit in Schleswig-Holstein

Auch Anna berichtet, dass sie nicht allein war, sondern drei Jahre lang mit mehreren Frauen in verschiedenen Wohnungen gelebt hat. Davon 18 Monate lang auch in einer Großstadt in Schleswig-Holstein. „Wir wurden gehalten wie Sklavinnen“, resümiert sie. „In den Zimmern lagen Matratzen. Ich hatte keinen eigenen Schlafplatz. Wir haben in Schichten übernachtet. Die einen haben gearbeitet, die anderen geschlafen.“

Die Chefinnen und ihre Leute hatten demnach vollständige Kontrolle über die Frauen. Sie nahmen ihnen die Ausweispapiere ab und ihre Handys. „Ich durfte nur alle drei, vier Monate vom Telefon einer Chefin meine Familie anrufen.“ Pro Monat bekam sie 40 bis 70 Euro Lohn, „manchmal gar nichts“. Das Geld schickte sie ihrer bedürftigen Mutter. Von ihren Problemen verriet sie nichts. „Ich wollte meine Familie nicht damit belasten.“

Einmal hat Anna ein Fenster geöffnet. „Als ich mich aus dem Fenster beugte, um frische Luft zu atmen, wurde ich von hinten zu Boden geschlagen.“ Gewalt war normal. Eine der Frauen hatte Fluchtpläne. „Sie wurde so zusammengeschlagen, dass sie zwei Wochen das Bett nicht verlassen konnte.“ Zu den schlimmsten Momenten gehörte für Anna, wenn sie sich mal wieder mit einer anderen Frau angefreundet hatte: „Dann verschwand die Frau plötzlich. Freundschaften durften nicht sein.“ Insgesamt 15 Frauen habe sie in den Jahren näher kennengelernt. Dazu kommen viele weitere, deren Sprachen sie nicht verstand, und von denen sie nur wenig weiß.

Sprachbarrieren verschärfen die Lage von Betroffenen

Ohnehin wusste Anna nur wenig. Wenn sie etwas wissen wollte, hieß es: „Du fragst zu viel.“ Manchmal war die Antwort auch ein Schlag ins Gesicht. Anna sah keinen Ausweg aus ihrer Notlage. Sie verstand kein Deutsch, sie wusste auch nicht, wo sie wohnte, denn zu ihren Arbeitsorten wurde sie gefahren. Die Wohnungen, in denen die Frauen schliefen, wurden mehrmals spontan gewechselt.

Ihre Arbeitseinsätze waren an bekannten Orten in Schleswig-Holstein, aber sie sollen geheim bleiben: „Wir dürfen die Branche nicht nennen“, warnt Claudia Rabe. Auch lässt Rabe offen, ob die Staatsanwaltschaft in diesem Fall ermittelt. „75 Prozent der Betroffenen entscheiden sich gegen eine Strafanzeige.“

Laut Daniela Thun vom Hauptzollamt Itzehoe werden

aktuell Ermittlungsverfahren geführt. Die Opfer stammen überwiegend aus dem osteuropäischen und asiatischen Raum, sie arbeiten im Rotlichtmilieu, in der Gastronomie und in Nagelstudios, aber auch „immer wieder sind andere Wirtschaftsbereiche betroffen“. Häufig werde psychische Gewalt ausgeübt oder angedroht.



„Fast hinter jedem einzelnen Fall stecken noch weitere Opfer.“

Claudia Rabe, Beratungsstelle Contra

Anna erzählt, dass „die Arbeit an sich nicht schwer war. Schlimm waren der wenige Schlaf und die langen Arbeitszeiten, auch nachts.“ Mal waren es neun, mal 17 Stunden am Stück, erinnert sie sich. Die kurzen Pausen dazwischen nutzte sie zum Du-

schlafen, Schlafen und Essen. „Wir haben gegessen, was eine von uns Frauen zubereitet hat. Manchmal war nichts mehr zu essen da, wenn man aufwachte.“ Die Lebensmittel brachten die Täterinnen in Türen, manchmal habe es auch Fastfood gegeben. „Hunde werden in Deutschland besser behandelt als wir“, so Anna.

Kranke Frauen mussten unter Tabletten weiterarbeiten

Schlechtes Essen, wenig Schlaf, viel Arbeit und gesundheitsschädliche Substanzen, mit denen sie bei ihren Jobs in Berührung kam, hinterließen Spuren. „Wer krank wurde oder Schmerzen hatte, kriegte Tabletten.“ Was sie einnahm, kann Anna nicht sagen. Vielleicht sei es das Schmerzmittel Ibuprofen gewesen. „Manchmal nahm ich fünf Tabletten am Tag.“ Zum Arzt zu gehen oder die Krankheit auszukurieren, war den Frauen untersagt. Sie mussten arbeiten.

Das Hauptzollamt Kiel ist derzeit ähnlichen Macheschaften auf der Spur. „Derzeit wird ein Ermittlungsverfahren wegen des umfangreichen Vorenthaltens von Arbeitsentgelt geführt“, sagt Sprecherin Gabriele Oder. Dabei wird „auch der Frage des Menschenhandels und der ausbeuterischen Beschäftigung von mehr als 350 Beschäftigten nachgegangen“. Die Beschäftigten sollen oft weder Barmittel noch Deutschkenntnisse gehabt haben. Ihnen sollen ihre Personaldokumente abgenommen und ihre Entscheidung, wo sie sich örtlich aufhalten wollten, beschränkt worden sein. Außerdem sollen sie für menschenunwürdige Unterkünfte Wuchermieten

gezahlt haben. Im Ergebnis sollen die Arbeitnehmer quasi für fünf Euro pro Stunde gearbeitet haben.

Anna hat noch weniger verdient. Und ihre Gesundheit ruiniert. Dabei bekam sie ihren Verfall anfangs gar nicht mit. Sie nahm die Pillen und verlor immer weiter an Gewicht. „Bis ich nur noch 40 Kilo wog.“ Eine schwere und sichtbare Entzündung rettete ihr vielleicht das Leben. Eine Chefin gab ihr den Pass, „damit sie einen Arzt aufsuchen“ konnte.

Aber Anna ging nicht zum Arzt. Bei der Arbeit hatte sie einen freundlichen Mann kennengelernt, dessen Sprache sie spricht. Er sah ihre Not und nahm sie mit zu sich nach Hause. Aus Angst, ihren Peinigerinnen ausgeliefert zu werden, weigerte sich Anna zur Polizei zu gehen. „In meinem Land sind die alle korrupt.“

➔ Aus Angst, ihren Peinigerinnen ausgeliefert zu werden, weigerte sich Anna, zur Polizei zu gehen.

Ohne die Drogen ging es Anna aber jeden Tag schlechter. Am Ende konnte sie weder Hände noch Beine bewegen. Ihr Helfer rief einen Krankenwagen, der Anna ins Klinikum brachte. Insgesamt acht Monate blieb sie dort, musste mehrfach operiert werden. „Mein Blut war vergiftet, meine Niere kaputt.“

Weil die Chefinnen sie nicht krankenversichert hatten, musste Anna die Kosten der medizinischen Behandlung selbst zahlen. „Daher habe ich jetzt 200.000 Euro Schulden“, erzählt sie. Bis heute haben die Krankenversicherungen ihre Aufnahme verweigert. Nun lebt sie von Sozialleistungen, möchte aber wieder arbeiten. Ihre Betreuerin schüttelt den Kopf: „Sie ist noch schwer krank und muss ein weiteres Mal operiert werden.“

Als Anna zur Zwangsarbeit nach Deutschland gelockt wurde, war sie noch gesund. Das dreijährige Martyrium hat ihr Leben zerstört.

Die Fachstelle Contra (contra-sh.de) ist spezialisiert auf die Beratung von Frauen, die von Menschenhandel und von Zwangsprostitution betroffen sind. Dennoch melden sich bei Contra seit einigen Jahren verstärkt Ratsuchende, die sich in

Zwangsarbeitssituationen befinden. Zwangsarbeit ist eine extreme Arbeitsausbeutung, bei der die Zwangslage oder die Hilflosigkeit der Opfer ausgenutzt wird. Mit einem neuen Projekt will die Fachstelle ihre Arbeit ausweiten, um Betroffene

neben Beratung auch Sicherheit in Form einer Schutzwohnung anbieten zu können. Denn diese Menschen leben und arbeiten meist sehr isoliert und sprechen kein Deutsch. Sie müssen zügig erstversorgt werden und brauchen auch

eine Unterkunft, um sich der Ausbeutungssituation entziehen zu können. Die Arbeit von Contra wird finanziert durch das Land und die Nordkirche. Bei dem neuen Projekt gegen Zwangsarbeit ist Contra jedoch auf Spenden angewiesen.